

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Konto: Hannover 576 13  
Sched.-Konto: Essen . . . 241 71

Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig  
Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Kolonelleiste oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Umbrey, Essen. Druck: G. Hausmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wemelhauer Straße 38 42

# Internationale Probleme der Sozialpolitik.

## Betrachtungen zum Internationalen Sozialpolitischen Kongress in Prag.

Von den internationalen Zusammenkünften, die in diesem Jahre stattfanden, verdient die Tagung des Sozialpolitischen Kongresses in Prag von Seiten der Arbeiterklasse eine besondere Beachtung. Der Achtstundentag, die Mitbestimmung in Betrieben und die Sicherung gegen Arbeitslosigkeit, über die der Kongress verhandelte, sind nämlich Fragen, die die Interessen der Arbeiterklasse in außerordentlichem Maße betreffen und um deren Lösung nach der einen oder anderen Seite noch Kämpfe geführt werden müssen. Den Verhandlungen des Internationalen Sozialpolitischen Kongresses sind auch die Gewerkschaften mit reger Anteilnahme gefolgt. Wenn wir Gewerkschafter auch noch immer dem alten Grundglaube „Gib dir selbst, so hilft dir Gott“ huldigen und deshalb keine übermäßigen Erwartungen an Weichhülfe solcher Kongresse knüpfen, so brauchen wir dennoch nicht zu verkennen, daß die moralische Hilfe, welche der Arbeiterklasse durch diesen Weltkongress zuteil wird, doch wertvoll ist.

Der Kampf, der zwischen Kapital und Arbeit tobt, wird noch immer mit ungleichen Mitteln ausgefochten. Das Kapital bedient sich bei diesem Kampfe zum großen Teil noch immer der Staatsapparate, der Wissenschaft und der überwältigenden Mehrheit der Presse und ist damit in der Lage, die öffentliche Meinung „zu machen“. Die Arbeiterklasse steht gewöhnlich im Kampfe allein, sie kann sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen. Wenn sich nun Menschen finden, die ihr zur Hilfe eilen, die man nicht als Arbeiter ansprechen kann, so wird sie selbstverständlich deren guten Willen anerkennen und ihnen dies hoch anrechnen. Der Internationale Sozialpolitische Kongress bestand in der Hauptsache aus solchen Teilnehmern, die es auch ehrlich mit dem Wertetreiben der Sozialpolitik meinen. Sie gaben dem Kongress ihr Gepräge. Es waren zumeist Gelehrte, die sich noch unabhängig von der offiziellen Protowissenschaft ein Urteil gewahrt haben, frühere Staatsmänner, die der Sozialpolitik freundlich gesinnt sind und sonstige Freunde sozialpolitischer Bestrebungen. Die Gewerkschaften, die dort vertreten waren, kamen mehr zu informativem Zweck.

Die wichtigste Frage, über die in Prag verhandelt wurde, war unzweifelhaft die Frage des Achtstundentages. Die ganze Arbeiterkultur wird von dieser Frage ausgehen müssen, denn Ruhezeit gehört zu allen kulturellen Bestrebungen, das hat bereits Aristoteles begriffen, als er die Weibehaltung der Sklaverei für notwendig hielt, damit die Sklaven für die Herren arbeiteten und diese sich kulturellen Bestrebungen widmen konnten. Wenn auch die Ansicht des griechischen Philosophen überwinden ist, daß nur derjenige Kultur weiter fortbilden kann, der keine schmutzige körperliche Arbeit zu leisten braucht, so ist aber das eine doch wahr, daß der Arbeiter freie Zeit haben muß, wenn er über das bloße Existenzminimum hinauswachsen soll. Mit der Befreiung der Arbeit allein, wie sie von der modernen Psychologie erstrebt wird, ist es nicht getan, denn jede geistige Anteilnahme an der Arbeit hört auf, wenn die Arbeit weit über die Grenze der körperlichen Leistungsfähigkeit hinaus verrichtet werden muß.

Der tschechische Arbeitsminister Dr. Winter hat die Aufgabe des Internationalen Sozialpolitischen Kongresses dahin bezeichnet, daß der Kongress dazu bestimmt sei, das öffentliche Gewissen Europas wachzurufen, die achtstündige Arbeitszeit zu einer selbstverständlichen moralischen Forderung zu erheben, wie es seinerzeit die Forderung nach der Abschaffung der Sklaverei war. In der Entschliebung, die zu dieser Frage vorlag, wurde von den Regierungen der einzelnen Länder die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag verlangt. Während die verschiedenen Redner zu der Frage des Achtstundentages sachlich Stellung nahmen, blieb es Herrn Professor Brentano vorbehalten, einen anderen Ton hineinzutragen. Der allseitige Beifall, der ihm zuteil wurde, als er zum Rednerpult schritt, schien in ihm den Glauben zu erwecken, daß er sich alles herausnehmen dürfte. In den Dreiviertelstunden, die er zu seiner Rede benutzte (15 Minuten standen ihm nur zu), beschäftigte er sich zumeist mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationen nach dem Londoner Abkommen. Da die kapitalistische Presse nach der Rede Brentanos frohlockend schrieb: „Die Wissenschaft hat gesprochen!“, ist es doch notwendig, auf die neuen Heilswahrheiten, welche die Wissenschaft in der Verkörperung Brentanos zum Besten gab, näher einzugehen.

Die Ausführungen Brentanos, der zumeist selbst betonte, daß er seit 1875 gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht aus sozialistischen Empfindungen, sondern aus wissenschaftlichem Erkenntnis, die er bei Adam Smith geschöpft habe, aufgetreten sei, bewegten sich in großen Widersprüchen. Jeder, der den ersten Teil seiner Rede gehört hatte, mußte zu der Auffassung kommen, daß Brentano der Ansicht ist, daß durch eine Verlängerung der Arbeitszeit keine Steigerung der Produktion möglich ist, sondern eher ließe sich bei Ausnutzung der Forschungsergebnisse der Wissenschaft auf dem Gebiete der Arbeiterphysiologie und Arbeiterpsychologie durch Verkürzung der Arbeitszeit eine Produktionssteigerung erzielen. Aber nachdem der Herr Professor diese allgemeinen Feststellungen machte, begab er sich auf das Gebiet der deutschen Reparationen. Er griff Thomas, Jouhaux und Wertens an, daß sie Deutschland einen Vorwurf wegen des Durchbruches des Achtstundentages gemacht hätten. Seiner Ansicht nach habe die schematische Anwendung des Achtstundentages nicht in allen Ländern die gleiche Wirkung, weil die körperliche und geistige Weidastigkeit der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern verschieden sei. Dies treffe sogar auf die einzelnen Gegenden eines Landes zu. Die Leistungsergebnisse der Arbeiter in Ostpreußen, Bayern und Westfalen wären sehr verschieden. Deshalb sollte das Internationale Arbeitsamt erst genaue Erhebungen über die Bedingungen anstellen, bevor es sich ein Urteil über die Weidastigkeit, wenn der Herr Pro-

durchbrechen mußte, sind die Beweisgründe dürftig, denn so weit doch allgemein bekannt ist, steht der deutsche Arbeiter nicht gerade auf dem niedrigen Niveau der Arbeiterklasse der Welt. Man konnte es aber Brentano anmerken, daß es ihm nicht so sehr um den Achtstundentag zu tun war, als vielmehr vor dem Forum der Welt, wie sie der Kongress darstellt, eine Lanze für Deutschland hinsichtlich der Reparationsleistungen zu brechen. Daß dies kurz nach dem Londoner Abkommen nicht angebracht war und daß das Gegenteil erreicht worden ist, das wird schließlich Herrn Professor Brentano auch eingeleuchtet haben, als er die Wirkung seiner Ausführungen sah. Zuletzt sang seine Rede dahin aus, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag und das Londoner Abkommen über die Reparationsleistungen Deutschlands nicht vereinbar sind. Mit anderen Worten soll es heißen, daß mit der Produktion des Achtstundentages Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann, solange es länger als acht Stunden arbeiten, oder aber die Reparationsleistungen müssen gemindert werden. Brentano behauptet hier das Gegenteil von dem, was er zu Anfang seiner Rede sagte, nämlich daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit keine Produktionssteigerung erzielt werden kann. Seine Schlussfolgerung

beruht, der sich darüber ärgert, daß es noch Wissenschaftler gibt, die noch nicht im Solde des Kapitals stehen und die deshalb sich ein unabhängiges Urteil gewahrt haben. Wenn diese was sagen, so sind das natürlich „Schlagworte“. Nur was aus dem Munde der Kapitalistensoldaten kommt, ist erhabene Weisheit. Auf die kapitalistischen Soldatendrücker treffen die Worte des alten (Grenlich) zu, der diese Art Wissenschaftler wie folgt kennzeichnete:

„Dante ist die ökonomische Wissenschaft Profstudium geworden und viele ihrer Jünger seien in den Diensten der Großbanken und der industriellen Großwirtschaft. Dabei brauchen sie von der Nationalökonomie nur, was zur Beobachtung des Waren- und Geldmarktes und zu dem, was Profit bringt, nötig ist. Die arbeitenden Menschen sind für sie nur Sache und Mittel. Sogar die Fürsorge für die durch die Krise arbeitslos gewordenen erklären sie als „Schaden an der Wirtschaft“, weil sie den Arbeitslosen abhält, sich zu Hungerlöhnen anzubieten. Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne sind die einzigen Heilmittel dieser „Wissenschaft“.“

Fritz Viktor.

### Der Tagungsbericht.

Von unserem nach Prag entsandten Sonderberichterstatter erhalten wir folgenden Bericht:

In den Tagen vom 2. bis 6. Oktober tagte in Prag der internationale Kongress für Sozialpolitik. Ausgehend von dem internationalen Kongress in Zürich im Jahre 1897 und dem des Jahres 1900 in Paris sollte in Prag Müdschau und Ausblick gehalten werden; Müdschau über die Sozialpolitik der letzten 25 Jahre und Ausblick über die womöglich einzuschlagenden Wege. Daneben sollten die Ursachen untersucht und besprochen werden, die zu dem augenblicklichen Stillstand, in manchen Ländern sogar zu einer Reaktion in der Sozialpolitik geführt haben. Das Programm des Kongresses war in zwei Teile gegliedert.

Der erste Teil umfaßte die Weltlage der Sozialpolitik, Ueberblick der Errungenschaften seit 1897 auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes, des Schutzes gegen Arbeitslosigkeit der Sozialversicherung. Die Gegenwart: Ursachen des sozialpolitischen Stillstandes; Mittel, die internationalen Arbeiterschutzwörter ihrer Verwirklichung entgegenzuführen; Mittel, die Länder mit fortgeschrittener Sozialgesetzgebung gegen die Konkurrenz rückständiger Löhne zu schützen.

Der zweite Teil umfaßte die Grundlagen einer neuen Sozialpolitik. Erste Frage: Der Achtstundentag, seine wirtschaftlichen, moralischen und sozialen Wirkungen. Die Förderung der persönlichen Kultur, des Familien-, des Berufslebens und der politischen Schulung der Arbeiter. Zweite Frage: Mitverantwortung und Mitspracherecht der Arbeiter in der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Betriebsführung. Dritte Frage: Verpflichtung der Gesellschaft auf dem Gebiete der strikten, insbesondere zur Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Vertreten waren 28 Nationen mit 1100 Delegierten, darunter alte Vorkämpfer des Achtstundentages. Zu nennen sind: Professor Lujo Brentano, Professor Karl Grünberg, Paul Umbreit (Deutschland), Staatskanzler Dr. Karl Krenner (Österreich), Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, Jouhaux (Frankreich), Wertens (Belgien), Ludegeest (Holland) und der alte 87jährige Veteran der sozialistischen Internationale, der Arrangeur des Züricher Kongresses 1897, der Schweizer Nationalrat Herrn Grenlich.

Trotz der umfangreichen Tagesordnung und der verschiedenartigsten Parteigruppierung der Delegierten hat der Kongress, dessen Leitung in Händen des Vorsitzenden des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, lag, mit ganz wenigen Ausnahmen, die bei der Größe des Kongresses unvermeidlich sind, ein einheitliches Bild gezeigt und den Willen kundgegeben, „den Inhalt des universalen Menschentums zu wahren und zu schützen“, wie der alte Patriarch Grenlich in seiner Ansprache hervorhob.

Das Hauptreferat über den Achtstundentag hielt der frühere tschechischoslovakische Arbeitsminister Dr. Winter. In seinen Ausführungen hob er hervor: Die Kontinuität der Arbeit wird durch den Achtstundentag mehr aufrecht erhalten, das Material mehr geschont. Außerdem drängt der Achtstundentag zu einer besseren technischen Organisation, welche wiederum zu einer höheren Produktion führen muß. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei das Geleit der Stunde. Die Einführung des Achtstundentages sei ebenso eine Selbstverständlichkeit, wie feinerzeit die Abschaffung der Sklaverei. — Die Diskussion bewegte sich fast durchweg im Rahmen der Ausführungen des Referenten. Es sprachen u. a. Brentano, Umbreit, Wertens, Thomas und Jouhaux.

Zur Frage der Betriebsräte hatte der frühere Staatskanzler von Österreich, Dr. Karl Krenner (Wien) das Wort. Er betonte, daß die Westländer mit aller Macht dahin arbeiten müssen, die Betriebsräte einzuführen, wie das die drei mitteleuropäischen Republiken: Deutschland, Österreich und Tschechoslowakei, bereits getan hätten. Jedes kleinste Dorf hätte nach den bürgerlichen Gesetzen eine Vertretung. Tausenden von Arbeitern eines Betriebes würde dieses Recht vorzuenthalten. Das moderne Rechtsempfinden verlange, dem kollektiven Wesen eine eigene Vertretung der Interessenswahrung zu geben. Arbeiter und Angestellte, die in einem Betriebe nützliche Arbeit verrichten, müssen das Recht der Vertretung haben. Professor Weide (Deutschland) sowie alle Diskussionsredner unterstützten die Ausführungen Krenners.

Zu Punkt „Arbeitslosenproblem“ sprachen Lazzari (Frankreich) und Dr. Spruy (Deutschland). Beide Redner erörterten einige wichtige Fragen und setzten sich für eine bessere wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung ein. Giesberts (Deutschland), der in der Diskussion das Wort ergriff, hielt die vorgelegte Resolution für etwas dürftig. Die Anarchie des Weltmarktes, wie er betonte, sei schuld an den Zuständen und deshalb müsse das Augenmerk auf die Handelsverträge gerichtet werden. Diese müssen mehr den Geist der Verbündung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht tragen. Für viel mehr sei die Wirtschaft

### Stillgelegt

Durch die Kettenschleppungen im südlichen Ruhrgebiet wurden 13500 Bergarbeiter bloßgestellt.

Still ragt ins Land der Zechenturm,  
Kein Rauch entquillt dem Schlot.  
Im Magen nagt der Hungerswurm,  
Viel Kinder schreien nach Brot.

Es ruht die Stadt im schwarzen Land,  
Die Halden mahnen stumm.  
Die Not hat Freud und Lust gebannt,  
Der weiße Tod geht um.

Scheu drückt sich an den Bergeshang  
Hin Haus an Haus die Stadt.  
Viel tausend Mütter iragen bang:  
„Wer macht die Kinder fatt?“

Es schreit die Not durchs schwarze Land,  
Viel Gräfte tun sich auf.  
Am Weg gähnt Grab an Grabstrand,  
Die Raben zieht zu Haus. Karl Garbe

ist also falsch. Wenn er der Ueberzeugung ist, daß Deutschland seinen Verpflichtungen auch nach dem Dawesgutachten nicht nachkommen kann, so konnte er das aussprechen, ohne es mit dem Achtstundentag in Verbindung zu bringen, weil ja nach seinen eigenen ersten Behauptungen eine Verlängerung der Arbeitszeit keine Produktionssteigerung bringt und deshalb Deutschland auch mit einem zehn-, zwölf- oder sechzehnstündentag die Reparationsleistungen nicht aufbringen könnte. Brentanos Absicht war, die französischen und belgischen Arbeiter darauf hinzuweisen, daß, wenn sie durch die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland sich beunruhigt fühlen, sie auf ihre Arbeitgeber und Regierungen dringen müssen, daß die Reparationsleistungen Deutschlands gemindert werden. Da er es aber in einer ungeschickten Weise getan hat, erreichte er das Gegenteil. Die meisten Redner, die nach ihm zu Wort kamen, wandten sich gegen ihn. Angesichts seiner widersprüchlichen Ausführungen hatten sie ein leichtes Spiel. Der Arbeiterklasse Deutschlands haben die Ausführungen Brentanos ebenfalls geschadet. Die Unternehmerpresse frohlockt bereits, daß Brentano aus einem Zaun zum Rausch in ihrem Sinne wurde. Doch das mag Brentano mit sich abmachen. Jedenfalls haben seine Ausführungen in Prag seinem alten „nten Ruf großen Abbruch getan.

Wir Gewerkschafter verkennen nicht, daß eine Steigerung der Gütererzeugung den allgemeinen Wohlstand heben kann. Aber dies ist möglich durch die Anwendung des wirtschaftlichen Prinzips auf die Leitung der gesamten Wirtschaft eines Volkes. Leider sind wir heute von dieser Einsicht noch weiter entfernt denn je. Das beweist die Entschliebung des Internationalen Sozialpolitischen Kongresses zur Frage der Arbeitslosigkeit. Man sieht nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit in der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an sich begründet, sonst würde man ihre Bekämpfung nicht mit solchen unzureichenden Mitteln empfehlen. Die Entschliebung, die der Int. Sozialpolitische Kongress hinsichtlich der Betriebsräte angenommen hat, ist mehr für die westlichen Länder gedacht, die noch keine Betriebsräte haben.

Aus der Beurteilung des Sozialpolitischen Kongresses, die sich in „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 10. Okt. 1924 leistet

Zur Frage des

### Achtstundentages

wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:  
 „In Erwägung, daß der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer gehoben, ihr Familienleben günstig beeinflusst, ihnen größere Möglichkeit zur allgemeinen und beruflichen Ausbildung gewährt, das Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verliehen hat,

in Erwägung, daß nachweislich der Achtstundentag, weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu steigern geeignet ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Vervollständigung der Arbeitsmittel-Hand in Hand geht,

in Erwägung, daß der soziale Wert des Achtstundentages ein so überwiegendes ist, daß die Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Natur es nicht zu rechtfertigen vermöchten, in einzelnen Ländern Maßregeln zu ergreifen, welche die Gefahr mit sich brächten, daß die allgemeine Anwendung des Achtstundentages aufgegeben und so soziale Kämpfe verursacht würden,

fordert der Kongress, in der Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation sind.

Er fordert ferner die Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung in den übrigen Staaten.

Der Kongress empfiehlt, die Vorteile des Achtstundentages durch internationale Uebereinkünfte, mit den nötigen Anpassungen auf alle Arbeiter zu erstrecken, nachdem Erweiterungen über die besten Mittel zur Verwirklichung einer solchen Erweiterung ihres Geltungsbereiches festgestellt worden sind.

Ebenso verlangt er, daß durch ein internationales Abkommen die Höchstzahl der Ueberstunden, der wöchentlichen Ruhetage und die Urlaube für die Arbeiterschaft geregelt werden.“

Ueber die

### Betriebsräte

lag dem Kongress folgende Resolution vor:

„Eine wichtige Tatsache bezieht sich auf das moderne soziale Leben. Die Arbeiter werden sich immer mehr des Wertes der manuellen und geistigen Arbeit im Wirtschaftsleben bewußt. Aus diesem Grunde ist es wichtig, das von den Gewerkschaften schon seit langer Zeit und erfolgreich verfolgte Recht auf Vertretung aller Interessen der Arbeiterschaft gesetzlich zu sichern und zu schützen und in der Organisation des Friedens zu berücksichtigen.

Es ist notwendig, allen arbeitenden Menschen in allen Zweigen des Wirtschaftslebens: in Produktion, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, auf Organisation und Verwaltung der Wirtschaft Einfluß einzubringen. Wenn nur Arbeit die Wirtschaft retten kann, so bedarf die Wirtschaft arbeitsfreudiger, an ihrer Tätigkeit, in der Produktion und in ihrem Beruf interessierter Arbeitskräfte.

Von diesen Erwägungen ausgehend, begrüßt der Kongress mit Freude und Genugtuung die in mehreren Ländern Europas eingeführte und nunmehr schon bewährte Betriebsräteverfassung. Hand in Hand mit der Gewerkschaftsbewegung vermögen die Betriebsräte den arbeitenden Menschen ihre sozialen Rechte zu sichern und dem Wirtschaftsleben eine neue schöpferische Kraft dienlich zu machen.

Der Internationale Kongress für Sozialpolitik steht auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, die Arbeiter sowohl im Rahmen ihres Berufes als auch ihres Landes zur Mitarbeit an der methodischen Betriebsführung im Interesse einer Hebung der Produktion heranzuziehen. Er verlangt daher, daß in den Unternehmungen auf gesetzlichem Wege und unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder Vertretungen der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden, mit der Aufgabe, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften über die Ausführung der Arbeitsverträge zu wachen und an der Ausarbeitung und Einhaltung der Fabriksordnungen in allen Fragen mitzuwirken, die sich insbesondere auf die Festlegung der Ruhepausen, der Urlaube und der Ferien, auf die Einhaltung der Mindestlöhne, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, auf die Methoden und Lohnzahlung, auf Maßnahmen der Hygiene, der Unfallverhütung und Berufserkrankung, auf die technische Einrichtung und Verbesserung der Betriebe und auf die industrielle und technische Erziehung beziehen.

Der Kongress ist der Auffassung, daß neben der Schaffung dieser Einrichtung auch eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften in wichtigen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik gefördert werden sollte. Für diesen Zweck sollte die Schaffung von eigenen Körperschaften unter Berücksichtigung der Betriebsräte vorgezogen werden, deren Aufbau, Zusammensetzung und Wirkungsbereich sich nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder richten müßte.“

Diese Entschließung wurde gegen die Stimmen der französischen Arbeiterminister Gohard stimmte dafür.

Zur

### Arbeitslosenfürsorge

nahm der Kongress mit folgender einstimmig angenommenen Entschließung Stellung:

„Der Internationale Kongress für Sozialpolitik betont die Notwendigkeit, mit Hilfe der Regierungen im Sinne des Ergebnisses der Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisation die verschiedenen Maßnahmen weiter auszugestalten, die bis jetzt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und Berufsberatungsinstituten, durch Versicherungsanstalten und durch eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Arbeiten unter Bedachtnahme auf den Kreislauf des Wirtschaftslebens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind.

Der Kongress erachtet die Maßnahmen des sozialen Fortschritts in allen Ländern, die Verhinderung von Arbeitslosigkeit als einen der wichtigsten wirtschaftlichen Aufgaben, sowie insbesondere dadurch anzuerkennen, daß von den Regierungen die Befolgung einer Politik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus nach den Beschlüssen der internationalen Konferenz in Genes im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas gefordert wird.

Der Kongress stellt den Antrag, daß sich die Regierungen alle Maßnahmen in den einzelnen Staaten und alle internationalen Vereinbarungen zu eigen machen, die geeignet sind, die Wanderbewegung unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes zu erleichtern.“

Nach einigen Dankesworten des alten Genossen Greulich an den Vorsitzenden des Kongresses für die sachliche und unparteiische Leitung und an die tschechoslowakische Regierung für die vorzügliche Organisation und für die freundliche Aufnahme der Delegierten wurde nach einem temperamentvollen, hinstreichenden Schlusswort Thomas' der Kongress beendet.

Für die Arbeiterschaft war der Kongress kein minderwertiges Ereignis. Schon die Beschlüsse für die einzelnen Länder auch keine bindende und verpflichtende Kraft, so ist ihr propagandistischer Wert nicht zu unterschätzen. Die breite Öffentlichkeit wird mit dem Gedanken der Sozialpolitik mehr vertraut gemacht und der Kreis der Interessenten erweitert. Trotz alledem hat die Arbeiterschaft keine Ursache, den Dingen reserviert gegenüber zu stehen, sondern wie bisher und noch in viel größerem Maße sich für die Sache der Arbeiterschaft einzusetzen.

## Die Krise im Bergbau.

Unter dieser Ueberschrift schreibt Kamerad Döfler:

Die Lage in den Bergbaubezirken kann den Eindruck erwecken, als habe Deutschland einen allgemeinen Ueberschuß an Steinkohle. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Zwar herrscht seit Monaten eine Absatzkrise, die aber nunmehr ihren Höhepunkt überschritten haben wird. Sie läßt sich aus verschiedenen Gründen erklären, aber nicht aus einer Ueberproduktion, gemessen an der Produktionsmenge aus der Vorkriegszeit und auch am Kohlenbedarf der Nachkriegsjahre. Innerhalb der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands wurden im letzten vollen Vorkriegsjahr 119 Millionen Tonnen Steinkohle verbraucht. Im laufenden Jahre dürfte die deutsche Steinkohlengewinnung 110 Millionen Tonnen leicht übersteigen. Diese Mengen stehen aber nicht zur vollen Verfügung in Deutschland. Für Reparationszwecke sind 20 Millionen T. abzusetzen und für sonstige Ausfuhr ungefähr 8 Mill. T., so daß aus der Eigenproduktion 82 Millionen, oder nur geringe Mengen mehr, zur inländischen Verwendung bereit stehen. Die Einfuhrmenge kann auf 13 Mill. T. Steinkohle veranschlagt werden, so daß sich das Steinkohlenhaben von 1924 auf 95, im äußersten Falle auf 98 Mill. beziffern wird. Auf alle Fälle weist das Haben von 1924 gegenüber dem Verbrauch von 1913 ein Minus von mehr denn 20 Mill. T. Steinkohle auf. Dieses Minus wird zu einem geringen Teil gemindert durch erhöhten Gebrauch von Braunkohle und Braunkohlenbräueln. Das ist aber nicht allein entscheidend.

Die letzten Kriegs- und dann auch die letzten Nachkriegsjahre bis 1923 standen im Zeichen sehr großen Kohlenmangels. In dieser Zeit haben sich alle Verbraucher eine durchaus wirtschaftlich nützliche Verwendung der Kohle angeeignet, wozu die Fortschritte in der Wärmetechnik und ihre Kenntnis wesentlich beigetragen haben. Das sind durchaus begrüßenswerte Erscheinungen, denn es liegt im Interesse der Wirtschaft, wenn beispielsweise die gleichen Mengen Fertigfabrikate in gleicher Güte mit weniger Kohle, also weniger Urstoffmengen erzeugt werden können. Dann aber auch sind die Fortschritte auf dem Gebiete der Wärmetechnik an und für sich begrüßenswert. Die gegenwärtige Generation hat kein Recht, einen hochwertigen Urstoff verschwenderisch zu verzehren. Solange es den nachkommenden Generationen kein gleich- oder vollwertigeres Erzeugnis aufzuzeigen kann, besteht die Pflicht, mit einem nicht in unbegrenzten Mengen vorhandenen Urstoff so zu wirtschaften, daß nicht von einer nutzlosen Verschwendung geredet werden kann. Bei dem gegenwärtigen Stand der Technik ist die Kohle ein unentbehrliches Produkt und darum sind alle wärmetechnischen Verbesserungen, die eine Brennstoffersparnis sichern, begrüßenswert. Die jahrelange Kohlenknappheit in Verbindung mit den wärmetechnischen Fortschritten führte zu geringerem Kohlenverbrauch, veranlaßte aber nicht die Abschaffung der letzten Monate. Diese ist zurückzuführen auf die grundsätzliche Siegerstaatenpolitik, von der man erst im Laufe dieses Jahres abzulassen begann. Nach der Abkehr von dieser verwerflichen Politik ist eine Besserung der volkswirtschaftlichen Beziehungen unverkennbar. Diese neue Lage wird, so hoffen wir, zu einer Belebung der Wirtschaft führen und dann kann schnell offenbar werden, daß wir in Deutschland keinesfalls über zu große Steinkohlenmengen verfügen. Darum muß aus allgemeinen Gründen bei Beschlüssen die größte Zurückhaltung geübt werden. Es ist nicht angebracht, daß Anlagen außer Betrieb gesetzt werden, die betriebstechnisch noch nicht zu den schlechtesten gehören und auch noch große Kohlenvorräte haben. Wir meinen damit Zechen, die mehr im südöstlichen Teil des Ruhrgebietes liegen. Unter den bis jetzt stillgelegten Zechen handelt es sich, abgesehen von einigen, um Betriebe, die in der Zeit der Kohlennot und der Inflation eröffnet wurden und von denen nicht erwartet werden konnte, daß sie unter normalen Bedingungen lohnend sein würden. Darüber hinaus ist aber äußerste Vorsicht geboten, denn die gegenwärtige Lage kann sich sehr schnell wenden, wenn die Gesamtwirtschaft sich hebt. Auch kann ein etwaiges Verbot des Schachtablusses nicht befürwortet werden. Schächte, die jetzt im Abteufen begriffen sind, werden erst nach Jahren förderfähig und außerdem handelt es sich um unseres Wissens auch nur um vier Anlagen. Bei der Beurteilung dieser Angelegenheit darf nicht übersehen werden, daß Neuaufschlüsse in den letzten zehn Jahren nur gering vorgenommen wurden. Der Abbau ist zwar in dieser Zeit langsamer gewesen, aber er hat keinesfalls geruht, so daß Neuaufschlüsse eine Notwendigkeit sind.

Im südlichen und südöstlichen Teil des Ruhrgebietes handelt es sich um Wagerkohlzechen mit starkem Feinkohlenfall. Diese Kohle eignet sich zur Riffeltierung. Als starker Abnehmer trat früher die Eisenbahnverwaltung auf. Die Eisenbahnregieverwaltung im besetzten Gebiet hat im wesentlichen die Bricketabnahme verweigert, wodurch die Abschaffung dieser Zechen sehr verzögert wurde. In nächster Zeit wird dieses wichtige Eisenbahnzweck wieder der deutschen Verwaltung unterstellt werden. Es muß dann mit sehr starkem Nachdruck verlangt werden, daß sich die Eisenbahnverwaltung wieder zur Bricket- und auch Kohlenabnahme von diesen Zechen entschließt, um die Kohlennot zu mildern und ihre endgültige Außerbetriebsetzung zu vermeiden. Auch muß das neue, ab 1. Oktober gültige Kohlenpreistat einen gerechten Mengenausgleich anstreben, sofern er qualitativmäßig auch nur eben erreichbar ist. In dieser Hinsicht scheint in der mehr oder weniger syndikallosen Zeit auch manches ins Arge geraten zu sein. Es ist für die Arbeitermassen des Ruhrbergbaues unerträglich, wenn auf manchen Zechen noch Ueberflüssen über die allgemein vereinbarte Ueberarbeit hinaus verfahren und auf anderen Zechen Ferienarbeiten eingelegt oder Zechen ganz stillgelegt werden. Es gehört zu den Aufgaben des Syndikats, da wieder für Ordnung zu sorgen, wobei es der Unterstützung der Arbeitervertreter in den Kohlenwirtschaftsorganen verpflichtet sein kann.

## Unfälle im Bergbau.

Aus Angestelltenkreisen geht uns folgende bemerkenswerte Zuschrift zu: Der Betriebsrat hat nach § 66 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfallgefahren im Betriebe zu achten. Er hat also geradezu die Pflicht, alle Faktoren genau zu prüfen, die irgendwie als Ursache für einen Betriebsunfall in Betracht kommen können. Sein Hauptaugenmerk wird er auf die gewissenhafte Befolgung der zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassenen bergpolizeilichen Vorschriften zu richten haben. Es kann und darf nicht angehen, daß bei der ungeheuren Jagd nach Kohlen diese Vorschriften in Bergessenheit geraten. Die Gefahr der losen Befolgung dieser Vorschriften besteht aber heute mehr denn je. Die Zechenbesitzer sind in den letzten Monaten dazu übergegangen, den Grubenbeamten einen großen Teil ihres Einkommens in Form von Retrierprämien zu geben. Durch solche Prämien werden die Grubenbeamten geradezu versucht, bergpolizeiliche Vorschriften zu übertreten, um nicht in ihrem Einkommen geschädigt zu werden. Die Betriebsräte haben daher doppelt die Pflicht, ihre Augen offen zu halten und gegebenenfalls Uebertretungen der bergpolizeilichen Vorschriften zur Kenntnis des Bergverwalters oder der Gewerkschaften zu bringen, damit solche Mängel abgestellt werden können. Bei den Unfallbehandlungen ist insbesondere festzustellen, ob etwa die Höhe des Gebindes einen Einfluß auf Herbeiführung des Unfalles hat haben können. Ein zu niedriges Gebinde wird den Arbeiter sehr leicht veranlassen, dem Faktor „Sicherheit“ weniger Beachtung zu schenken, er wird vielmehr darauf Bedacht nehmen, unter allen Umständen den zum Leben notwendigen Lohn zu verdienen und sei es auf Kosten der Sicherheit. Es ist

monat und dem Vormonat auf ihrem Gebinde verdient hat. Weiter muß der Betriebsrat verlangen, daß das Ergebnis dieser Feststellung im Unfallprotokoll vermerkt wird.

Wenn die Anregungen von den Betriebsräten voll beachtet werden, darf man erhoffen, in der Bekämpfung der Unfallgefahren im Bergbau einen Schritt weiter zu kommen.

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

### Die Lebensmittelpreise steigen.

Die auf den Stichtag des 7. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat gegenüber dem Stande vom 30. September (131,5) weiter um 1,7 v. H. auf 133,7 angezogen. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 128,0 auf 133,0 oder um 3,9 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 118,4 auf 124,6 oder um 5,2 v. H., während die Industriestoffe von 138,1 auf 134,8 oder um 2,4 v. H., davon die Gruppe „Wolle und Eisen von 128,5 auf 121,9 oder um 5,1 v. H. zurückgingen. Die Industriewaren zogen von 126,1 auf 128,2 oder um 1,7 v. H. und die Einfuhrwaren von 158,6 auf 160,9 oder um 1,5 v. H. an.

Der steigende Lebensmittelindex zeigt, daß die Verbilligungsmaßnahmen der Behörden völlig gescheitert sind. Die Löhne der Bergarbeiter müssen unter diesen Umständen als durchaus ungenügend bezeichnet werden. Es wird Aufgabe der Bergarbeiterverbände sein, dafür zu sorgen, daß die Einkommensverhältnisse der Bergarbeiter den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

### Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., hat nunmehr mit dem 1. Oktober 1924 die Geschäfte aufgenommen. Die Deutsche Kapitalwertungsgesellschaft m. b. H., ihr Vorläufer, wird ihre Geschäfte an diesem Tage auf die neue Bank übertragen. Im Aufsichtsrat der neuen Bank sitzen u. a. Theodor Leipart, Vorsitzender des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender des Allg. Bundes, Dr. Rudolf Silberding, Reichsfinanzminister a. D., Friedrich Husemann, Verband der Bergarbeiter Deutschlands und andere. Die Aktionäre der neuen Gesellschaft sind sämtliche Verbände, die dem AKB angegeschlossen sind, sowie die Mehrzahl der dem AKB und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Verbände. Die Aktien laufen auf den Namen und sind nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats übertragbar. Das voll eingezahlte Aktienkapital beträgt 750 000 Goldmark.

Trotz der schwierigen Verhältnisse im Jahre 1923 hat die Deutsche Kapitalwertungsgesellschaft m. b. H. nicht nur ihr gesamt eingezahltes Goldkapital erhalten, sondern noch einen beträchtlichen Gewinn ausgeworfen. Die Entwicklung, die die Deutsche Kapitalwertungsgesellschaft m. b. H. im Jahre 1924 genommen hat, ist eine derartige, daß die Aussichten für die Entwicklung der neuen Aktienbank als außerordentlich günstig bezeichnet werden können.

### Das Ende der Regiebahnen.

#### Uebergabe am 16. November.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der Regieverwaltung wegen der Uebergabe der Regiebahnen sind nunmehr so weit zum Abschluß gebracht, daß als Termin für die Uebergabe der 16. November festgesetzt worden ist. Da in den Londoner Abmachungen als spätester Termin der 7. Dezember festgelegt worden war, bedeutet dies eine für die Deutsche Reichsbahngesellschaft und die deutsche Wirtschaft willkommene Regelung. Im wesentlichen besteht Einigkeit über die Einzelfragen der technischen Uebergabe. Deutsches Reichsbahnpersonal wird einige Zeit vor dem Termin sich zwecks Einarbeitung in seine alten Dienststellen in den Regiebetrieb begeben.

Die Uebergabe der Regiebahnen in der Dortmunder Zone wird gemäß den getroffenen Abmachungen in London bereits vor dem Uebergabetermin der Regiebahnen erfolgen. Es ist dafür der 19. Oktober in Aussicht genommen.

### Nädwirkungen der Sachlieferungen in Belgien.

Die deutschen Kohlenlieferungen, die Belgien nach dem Versailler Vertrag zehn Jahre lang in Höhe von 8 Millionen Tonnen jährlich zu beanspruchen hat, haben den belgischen Steinkohlenbergbau in eine schwierige Lage versetzt. Belgien erhält gegenwärtig 7,5 Millionen T. an Kohle, Koks und Bricketts. Vor dem Kriege belief sich der Jahreskonsum Belgiens an deutschen Bergbauprodukten auf 6,2 Millionen T. Der Ueberschuß ist natürlich ein Ausfall in der eigenen Produktions- und Absatzmöglichkeit. Durch die infolge der Inflation der Wirtschaft kurz nach dem Kriege eingetretene wirtschaftliche Prosperität wuchs die belgische Wirtschaftskörper die deutschen Kohlenlieferungen aufzufangen, obwohl sich die belgische Kohlenproduktion auf 2 Mill. T. je Monat bezifferte. Belgien ist jedoch seit dem im März eingetretenen Rückgang für die Reparationslieferungen nicht mehr ausnahmefähig. Um die Absatzschwierigkeiten zu beheben, ermäßigte der belgische Kohlenbergbau am 15. Juli und 1. August die Preise für Kohlen um je 10 Prozent. Dieser Preisabbau hatte nicht die abschließende Wirkung. Die Halbenbestände und die Lagerbestände des Kohlengroßhandels haben sich im Gegenteil erheblich vermehrt. Es ist daher beabsichtigt, die Kohlenpreise noch weiter herabzusetzen, um große Betriebseinsparungen und weitgehende Arbeiterentlassungen möglichst zu verhindern. Allerdings behaupten die Unternehmer, daß die Rentabilität vieler Gruben durch die Preisherabsetzung in Frage gestellt sei, weil die dortigen Arbeiterlöhne sich nicht nach den Kohlenpreisen, sondern nach dem jeweiligen Preisindex richten. Gegenüber einem Preisindex von 100 im Jahre 1914 wurde im Juli der bisher höchste Stand von 630 erreicht. Die Unternehmer versuchten, ganz eigenmächtig die Löhne um 5-10 Prozent herabzusetzen, um nach ihrer Auffassung unter Hinweis auf die englische und deutsche Konkurrenz die Rentabilität der Werke herzustellen. Aus diesem Vorgehen erwich der wochenlange harte Kampf der 37 000 Bergarbeiter im belgischen Kohlenbezirk Borinage, der heute noch tobt. Der Kohlenbergbau macht nun für seine schwierige Lage, die in den letzten Monaten außerordentlich verschärft wurde, die festgelegten Reparationslieferungen verantwortlich. In den fraglichen Kreisen hat man darum den Gedanken erwoogen, auf die Einschränkung dieser Lieferungen an Kohle hinzuwirken. Da aber diese Lieferungen für Belgien vorläufig die einzige Möglichkeit bedeuten, Reparationen zu erhalten, hat man von diesem Plan Abstand genommen. Trotzdem wird eine scharfe Kritik an den Reparationsvereinbarungen geübt. Die Politik, die zu einer Ueberfülle an Kohlen und zu einer Absatzkrise in der Kohlenwirtschaft geführt hat, wird als kurzfristig bezeichnet. Im gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings hält die belgische Schwerindustrie eine Umgestaltung der Reparationslieferungen für verfrucht. Es besteht aber die Pflicht, bei Verhandlungen über die Frage des neuen deutsch-belgischen Handelsvertrages die deutschen Reparationsverpflichtungen als Kompensationsobjekt zu bewerten. Deutschland kann also eine Ermäßigung seiner Kohlenlieferungen erwarten, wenn es Belgien handelspolitische Vergünstigungen gewährt. Die Stellung der belgischen Unterhändler wird nach alledem nicht mehr so schwierig sein, wie in den letzten Jahren. Eine neue

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Verbandsstag des Bundes techn. Angestellten und Beamten.

Vom 20. bis 22. September d. J. hatte der Bund technischer Angestellten und Beamten seinen Bundestag in Dresden. Zahlreich waren die Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden erschienen und ebenso die interessierten Bruderorganisationen. Von unserem Verbande nahm das Vorstandsmitglied Kamerad Schmidt an den Verhandlungen teil. Ein wichtiges Beratungsstoff stand neben dem Geschäftsbericht ein Referat von Dr. Fritz Firman von Berlin über „Die Forderungen der deutschen Techniker an der Gesetzgebung“. Der Referent legte dem Bundestage dazu besondere Leitfäden vor, indem zunächst Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes, einschließlich der Angestellten und Beamten, gemäß § 157 der Reichsverfassung gefordert wird. Daneben erheben dieselben die Forderung der Beseitigung der Konkurrenzkauf und der Abnahme von Ehrenkränkungen. Es sollen Strafbestimmungen dafür vorgesehen werden. Tatsache ist, daß gerade in diesen Fragen die Verhältnisse für den technischen Angestellten und Beamten entwürdigend und unhaltbar geworden sind. Eine schnelle Milderung liegt im Interesse der Gesamtwirtschaft. Ebenso wichtig aber ist auch die Forderung auf gesetzliche Sicherung des Persönlichkeitsrechtes, auf die Anerkennung der Urheberchaft für alle Geistesgeschöpfungen, Wahrung der Erfindungsrechte usw. Bezüglich der Berggewerbeverträge wurde bis zur Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte Angliederung an die bestehenden Gewerbeverträge empfohlen.

Die Stellungnahme der Arbeitszeit wurde in den Leitfäden durch folgenden Satz zum Ausdruck gebracht: „Die Forderung eines zehnstündigen Arbeitstages ist mit allem Nachdruck zu vertreten. Die entgegenstehenden Bestrebungen der Unternehmer sind, gestützt auf Betriebsverordnungen der Kollegschaft, aufs nachdrücklichste zu bekämpfen.“

Daneben nahm der Referent in den Leitfäden noch Stellung zum Versicherungsrecht, zur Arbeitsnachweisregelung, zur Arbeitsaufsicht und zu Schul- und Ausbildungsfragen. Die in den Leitfäden niedergelegten Forderungen wurden vom Bundestage einstimmig angenommen.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über Minderungen der Bundesleistungen, die damit endete, daß einige Verbesserungen beschlossen wurden.

Anschließend an den Bundestag tagte dann am 23. September noch die Fachgruppe Bergbau der technischen Angestellten. Zur Beratung standen nur Fragen des Bergbaues: Erhaltung und Ausbau der Tarife, Knappschaftsliche, Bergvertragsrechtliche, Bergbehörde und Werbearbeit der Fachgruppe. Es ergab sich, daß bei den behandelten Fragen eine erhebliche Uebereinstimmung zwischen Angestelltenorganisation des Bergbaues und Bergarbeiterorganisation vorhanden ist. Bestimmt trifft dieses zu auf den Bund der technischen Angestellten und Beamten und den Bergarbeiterverband.

Hoffen und wünschen wir, daß die Tagungen und Beschlüsse des Bundestages und auch die der Fachgruppe den Bund erneut vorwärts bringen und daß das Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern ein noch innigeres wird, als er bisher schon war.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Steigende Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Woche vom 21. bis 27. September im gesamten Ruhrgebiet (ohne die von der Regie betriebenen 3 Zechen und 10 Kokerereien) in 6 Arbeitstagen 2.023.518 To. Kohle gefördert (auf das besetzte Gebiet entfallen davon 1.860.737 To.) gegen 2.012.217 (1.849.447) To. in der vorhergehenden Woche bei ebenfalls 6 Arbeitstagen. Die Kokerzeugung stellte sich in der Berichtszeit in 7 Tagen auf 396.120 To. (besetztes Gebiet 362.253) gegen 392.834 (358.217) To. in der vorhergehenden Woche.

#### Die Belegschaft im deutsch-oberschlesischen Bergbau.

Am Ende des Monats August waren im deutsch-oberschlesischen Bergbau 42.959 Arbeiter (Zuli: 43.024 Arbeiter) beschäftigt. Davon waren 41.800 Männer (41.831). Unter Tage waren beschäftigt: 30.560 (30.436).

#### Die Abfallentwicklung in der Kaliindustrie.

Der Gesamtabfall der deutschen Kaliindustrie im Monat September belief sich auf rund 1,4 Mill. Doppelzentner K<sub>2</sub>O, im September 1913 belief er sich auf insges. mit 1,5 Tz., und war einschließlich der eßfähigen Kaligruben. Daraus ergibt sich eine wesentliche Steigerung der Förderung. Für den Monat Oktober schätzt man, wie der „Hann. Courier“ erfährt, den Abfall auf ungefähr 1 Mill. Tz. Der Rückgang wird dadurch erklärt, daß die inländische Landwirtschaft ihren Bedarf größtenteils eingedeckt hat und der Abfall sich lediglich auf das Ausland erstrecken wird.

### Internationale Rundschau.

#### Bankrott der faschistischen Gewerkschaftsmethoden in Italien.

Der bekannte italienische Nationalökonom Professor Riccardo Bachi, einer der besten Kenner des italienischen Wirtschaftslebens, schreibt im „Wirtschaftsdiens“ u. a.: „Der Faschismus verfolgte das ungereimte Programm, in den gleichen Verbänden Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzufassen, und durch eine derartige Gemeinschaft und durch gewalttätigen Druck die Streiks zu verhindern. Der Versuch der gemischten Organisation kann tatsächlich als gescheitert betrachtet werden. In den letzten Monaten haben verschiedene faschistische Fachverbände den Arbeitgeberverbänden gegenüber eine aggressive Haltung angenommen, um Lohnverbesserungen zu erreichen; bemerkenswerte Streiks sind ausgebrochen, die auf eine Veränderung der Taktik hindeuten. Kennzeichnend ist die von der Klasse der faschistischen Partei kürzlich bewilligte Unterstützung von 50.000 Lire für die streikenden Bergarbeiter in Toskana. Man muß sich übrigens erinnern, daß die faschistische Bewegung ihren Ursprung in der Sphäre der Arbeitgeberinteressen fand und sich beständig, auf finanzieller Unterstützung durch die Verbände der Industrielieferer erfreute.“ — Wie aus dieser Darstellung hervorgeht, beginnt jetzt in Italien ein Vorgang, der vorauszuweisen war: die in die faschistischen Gewerkschaften gedrängten oder zum Teil freiwillig in diese eingetretenen Arbeiter fordern den sozialen Kampf. Erst die Zukunft wird zeigen, wohin dieser führen wird; es ist aber anzunehmen, daß die unbeschränkte Herrschaft des vom Faschismus beherrschten Kapitals nicht lange dauern wird.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

##### Um die Zehnstündigen.

In Berlin fanden Verhandlungen zwischen einer Abordnung der von den Zehnstündigen betroffenen Gemeinden Barop, Kirchhörde, Söhlingshausen und Linden-Dahlhausen mit den maßgebenden Regierungsstellen statt. Die Kameraden Hufmann, Limberg, Janfisch und Gansmann waren ebenfalls vertreten. Der preussische Handelsminister, der Reichsinnenminister und der Reichsarbeitsminister gaben die feste Zusage, den durch die Krise im Bergbau bewirkten Folgen auf die Kommunalwirtschaft das erforderliche Interesse zuzuwenden und daß im Rahmen des Möglichen Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Betriebsstilllegungen zu begrenzen. Montag, den 18. Oktober, findet in Dortmund eine Verhandlung zwischen den Reklamationsehrten und den

### Wirtschaftler vor die Front!

Soeben erschien die zehnte Nummer unserer Zeitschrift „Verband und Wirtschaft“. Diesmal im früheren Umfange von 16 Seiten. Den Funktionären und Betriebsräten wird diese Erweiterung willkommen sein, gilt es doch, dem kommenden Wiederaufstieg der Bewegung durch geistige Vorbereitung kommenden Aufgaben den Weg zu ebnen. Das neue Heft behandelt wirtschaftliche, rechtliche und technische Fragen und bietet neben erläuternden Schaubildern reiches Zahlenmaterial. Ein Fachmann schreibt über „bergtechnische Möglichkeiten im Ruhrbergbau“, ein anderer hebt die „wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohlenindustrie“ hervor. Die Wirtschaftsübersicht läßt die vielen gegensätzlichen Strömungen im gegenwärtigen Wirtschaftsablaufe erkennen. Zwei weitere Arbeiten rechtlichen Inhalts schildern einmal die „Unabhängigkeit der Tarifverträge in der Praxis“, dann ein Gebiet aus der recht problematischen Arbeitszeiterordnung, wobei die aktuelle Frage erörtert wird: „Sollen der Arbeitgeber das Verfahren von Ueberschichten anordnen oder gar erzwingen?“ Dem folgen einige Leitfäden über unsere Bildungsarbeit im bevorstehenden Winter. Unter der Rubrik „Wirtschaftszahlen“ sind endlich neben anderen interessanten Angaben aus der deutschen und internationalen Bergbauwirtschaft zu finden. Der Verband hat keine Kosten gescheut, um an seinem Teile zur Weiterbildung seiner Mitglieder beizutragen; den anderen Teil müssen die Mitglieder aufbringen, nämlich mit Fleiß und Sorgfalt das Gebotene durchzuführen, nicht nur durchzulesen.

### Wichtige Beschlüsse der Treuhandstelle für Bergmannswohnungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier.

In der letzten Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ haben wir die ab 1. Oktober 1924 in den Bergmannswohnungen gültigen Mietsätze bekannt gegeben. Eine Rückwirkung auf die Zins- und Tilgungsbeträge für die Eigenheimer haben die erhöhten Mieten nicht. Hier bleibt es bei den bisherigen Beträgen. Die Eigenheimer haben jedoch in Zukunft die Kosten für das Zinss- und Tilgungsbeträge zu zahlen, wofür in den Zahlungslisten quittiert wird. Ein weiterer Beschluß besagt, daß denjenigen, die auf eigenem Grund und Boden gebaut haben oder der Treuhandstelle bezw. der Bergmannswohnung den selben zur Verfügung gestellt haben, der Grund und Boden bis 400 Quadratmeter mit 1 Mk. pro Quadratmeter auf den gesamten Kaufpreis aufgerechnet wird. Der über 400 Quadratmeter hinausgehende Grund und Boden wird auf den Kaufpreis nicht in Anrechnung gebracht. Beispiel: Der Kaufpreis für das Eigenheim beträgt 4200 Mk. Der vom Erwerber zur Verfügung gestellte Grund und Boden beträgt 400 Quadratmeter à 1 Mk. = 400 Mk. Wert. Dieser Betrag wird von 4200 Mk. in Abzug gebracht, so daß der Kaufpreis in Wirklichkeit 3800 Mk. beträgt. Hiernach verringert sich auch der Betrag für die Anzahlung von 420 auf 380 Mk. In demselben Verhältnis verringern sich auch die Zins- und Tilgungsbeträge. Sobald das vom Eigenheimer erworbene Grundstück größer als 400 Quadratmeter ist, wird für jeden darüber hinausgehenden Quadratmeter 1 Mk. zu dem Kaufpreis voll hinzugerechnet. Dieses gilt auch für diejenigen Eigenheimer, die ein Haus mit zwei Wohnungen erwerben wollen.

### Anerkennung der Zustände auf Eintracht-Tiefbau II.

Nach Abbruch des passiven Widerstandes und der darauffolgenden Unternehmerrückzüge hat wohl auf allen Schichtanlagen der britische Herr-im-Hause-Standpunkt wieder seinen Einzug gehalten. Auf der Schichtanlage Eintracht Tiefbau II, wo der Obersteiger Trenkel den Betriebsführer darstellt, bekommt man es mit aller Deutlichkeit zu fühlen und zu hören. Stolz erklärt er der staunenden Belegschaft: „Ich bin deutsch-national bis auf die Knochen!“ Die Betriebsräte werden als „übrig geliebene Uebel“ des Arbeiterrechts noch geduldet. Bedingung ist natürlich, daß sie sich um nichts kümmern. Sollte es einem einfallen, Einsicht in die Bücher zu verlangen, so setzt sofort Verfolgung und Einschränkung der Tätigkeit ein. Verstieg sich doch der Herr Obersteiger Trenkel, zu einem Betriebsrat zu sagen: „Wenn einer eine Beschwerde habe, so habe er sich nicht an den Betriebsrat zu wenden, sondern er solle die Sache den Beamten persönlich vortragen.“ Will man hierdurch den Betriebsrat als überflüssig erscheinen lassen, oder richtet sich diese Kampfmethod gegen einzelne Mitglieder des Betriebsrats, weil sie nichts nach schönen Augen fragen? Man will entweder einen Betriebsrat haben, der sich um nichts kümmert, oder man ordnet das Gegenteil an von dem, was gewünscht wurde. So sagt der vorkleidend angeführte Beamte betreffs einer Bedingeregung: „Ja, das Beding wird geregelt, aber in umgekehrtem Sinne.“ Auf diese Art will man die Vertreter zur Ermüdung ihrer Tätigkeit bringen. Die Arbeiter versichern, daß in diesem Punkte falsch gezielt wird. Die Betriebsräte werden sich nicht einschüchtern lassen und ihre Pflichten gegenüber den Belegschaftsmitgliedern erfüllen. Daß sie auf dem Posten sein müssen, zeigt besonders die leichtfertige Behandlung bergpolizeilicher Vorschriften auf Zede Eintracht Tiefbau II. Aufgabe der beschäftigten Bergarbeiter muß es sein, durch Stärkung des Verbandes den Betriebsräten einen starken Rückhalt zu verschaffen.

### Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

#### Blauenhofer Grund.

Am 27. September, abends 10 1/2 Uhr, wurde Kamerad Otto Ulfemann aus Posen auf dem Burgler Glüdausschacht durch unerwartet niedergerendete Gesteinsmassen verschüttet. Bis gegen 2 Uhr nachts war es noch möglich, sich bei den Beirungsarbeiten mit dem Verunglückten zu verständigen, dann aber trat der Tod durch Ersticken ein. Beim Bergen des Toten mußten besondere Sicherheitsmaßnahmen in Anwendung kommen, da die Gefahr bestand, daß noch weitere Gesteinsmassen nachströmten. Erst am 28. Sept., gegen 11 Uhr, konnte der tote Kamerad geborgen werden. Er stand im 49. Lebensjahre und galt als zuverlässiger Arbeiter. Er war ein eifriges Mitglied des Verbandes und war sowohl bei seinen Arbeitskollegen als auch in seiner Gemeinde sehr beliebt. Die große Anteilnahme bei seinem Begräbnis bezeugt dies. Dieser tödliche Unglücksfall ist innerhalb eines Jahres der dritte auf dem Glüdausschacht des Burgler Steinlohlenwerkes. Jedenfalls ist die Treiberei nach Kohlen mit Schuld an diesen beklagenswerten Unfällen. Andererseits ist aber auch das Einmannsystem vor den Arbeitspunkten als verwerflich zu verurteilen.

### Tarifbruch mitteldeutscher Bergbauunternehmer.

Die Bezirksleitung Halle unseres Verbandes wendet sich mit nachstehendem Aufruf an die Betriebsräte und Belegschaftsmitglieder des mitteldeutschen Braunkohlenreviers und Tagebaubetrieb:

„Auf einer Anzahl von Braunkohlenwerken und Tagebaubetrieben fordern die Werksverwaltungen die Betriebsräte oder Belegschaften auf, über die durch Schiedspruch vom Dezember 1923 festgelegte Arbeitszeit hinaus zu arbeiten. Für Tagebaubetriebe, wo auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruchs eine Arbeitszeit von 10 Stunden bis auf weiteres zu leisten ist, sollen nach Ansicht der Werksverwaltungen 12 Stunden einschließlich 1/2 Stunde Pause, also 11 1/2 Stunden, voll gearbeitet werden. Als Entlohnung für diese 11 1/2 Stunden reine Arbeitszeit beabsichtigt man, gemäß 11 Stunden zu bezahle. An Sonn- und Feiertagen (Frühlicht), an denen die Arbeitszeit 2 Stunden kürzer ist, soll völler Lohn, fordern einige Werksbetriebe volle Arbeitszeit wie an andern Tagen. An die Tiefbaubetriebe wurde das Ersuchen gestellt, dieselbe Arbeitszeit auszuführen wie über Tage.“

nehmer, die in der Regel über die im Schiedspruch festgelegte Arbeitszeit hinaus arbeiten oder arbeiten lassen, machen sich strafbar. Kameraden! Nicht einer Verlängerung der Arbeitszeit nach stattgegeben werden, sondern wir haben eine Verkürzung zu fordern. Nehmt sofort in Belegschafts- und Belegschaftsversammlungen Stellung und verweigert jede längere Arbeitszeit, als wie sie auf Grund des Schiedspruchs festgelegt ist!

### Unternehmer und Gelbe im oberschlesischen Braunkohlenbergbau.

#### War es Feigheit, Angst oder Ueberzeugung?

Diese Frage muß an die Unternehmer im Braunkohlenbergbau gerichtet werden. Am 15. November 1918 vereinbarten die Arbeitgeber mit den Gewerkschaften unter Ziffer 3 folgenden Passus:

„Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werksvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.“

Sollten die Herren, die heute wieder so großen Mut gegenüber den Arbeitern an den Tag legen, wirklich so große Angst gehabt haben? Waren sie wirklich so feige, sich von den Arbeitern ins Wodshorn jagen zu lassen? Das kann man doch nicht annehmen, sondern muß schon glauben, daß ihre Zusage ehrlicher Ueberzeugung entsprang. Ist das nicht der Fall, so war es die Taktik des Erbfeindes, der wider besseres Wissen andere leitigt. Noch am 21. März 1922 stellten sich die Braunkohlenunternehmer in § 1 des Tarifvertrages auf den gleichen Standpunkt wie am 15. November 1918. Selbst wenn man im November 1918 den „Starken von heute“ zugute halten wollte, daß sie 1918 aus Angst vor ein paar Arbeiterfamilien ins Wodshorn krochen, so dürfte dieser Grund doch im März 1922 nicht mehr ausschlaggebend gewesen sein. Trotz dieser Vereinbarung gründen heute selbst Werksdirektoren gelbe Werksvereine, um die Arbeiter für sich als willenloses Werkzeug einzufangen. Die Dinge sind sogar schon so weit gediehen, daß Direktoren von Betrieben ausgeschaltet werden und Befehle an die Betriebsführer vom Werksverein erteilt werden. So hat anscheinend Herr Vergwerks direktor Mann von Victoria III nichts mehr zu sagen. Die Befehle gibt der gelbe Werksvereinsvorsitzende, wie folgendes Schriftstück beweist:

„An die Herren Betriebsführer!“

Zur Frage der Arbeiterentlassungen in den Betrieben wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Verbände mit allen Mitteln dafür eintreten müssen, daß ihre Vereinsmitglieder ihre Arbeitsplätze behalten. Es ist in den jeweiligen Verhandlungen mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß auch die Unternehmer, wenn sie den Anspruch erheben, als deutsche Unternehmer zu gelten, den Kampf mit den Kommunisten (gemeint sind natürlich die freigezwungene Mitglieder unseres Verbandes - Red.) in den Betrieben den Arbeitern nicht allein zu überlassen haben, sondern daß die Unternehmer eine vaterländische Pflicht erfüllen, wenn sie die deutsche Arbeiterschaft von den kommunistischen Landesverrätern dadurch befreien, indem sie diese aus den Arbeitsstellen entfernen. Namentlich unsere Vorstehenden müssen in der Beziehung im Sinne des letzten Kundenscheins über die Aufgaben des Vereinsvorsitzenden eifrig bemüht und tätig sein. Auch hierüber ist der Bundesleitung bei besonderen Fällen Bericht zu erstatten, damit das uns zugehende Material durch Vertreter in dem Parlament verwertet werden kann.

Viktoria III, den 9. 9. 24.

#### Werksgemeinschaft Victoria III

Der Vorsitzende: Karl Gönsch.

Wie fühlen Sie sich denn, Herr Mann? Sie sagten doch immer: „Ich leite den Betrieb und nur ich habe das Recht, Anweisungen zu geben.“ Herr Direktor Mann kann sich trösten, denn er hat Leidensgenossen, die noch weiter gehen als er und sich selbst in den Dienst der gelben Werksvereine stellen. Wir verweisen nur auf die Subdiagnosen im Wodshorn und Wodshorn. Herr Direktor Dr. König soll sogar diktieren, daß derjenige, der dem gelben Werksverein wieder Palet sagt, entlassen werden soll. Bei der Bildung und der Ehrlichkeit des Herrn Dr. König können wir das nicht annehmen, es wird aber seitens vieler Arbeiter behauptet und gesagt, daß er für den gelben Werksverein werbe und dessen Ziele kenne. Letzteres nimmt, denn im Werksvereinsblättchen der Subdiagnosen, dem „Wertverein“ (Nr. 25 vom 26. 9. 24), wird unter „Verein-nachrichten für Polen“ über ein Minderrecht vom 14. September 1924 in Grünhaus folgendes berichtet:

„Nachdem sich dann die Kinder noch mit Hohnschlägen beschäftigten, erweckte das von Herrn und Frau Direktor König angeregte und mit zwei Preisen bedachte Eierlaufen für Tamen und Herren ganz besonderes Vergnügen.“

Wir nehmen doch selbstverständlich an, daß sich die Auzerger dieses Vergnügens an demselben beteiligten, und sehen im Geiste den Herrn Direktor mit seiner Gattin auf und zwischen den Eiern laufen.

Wir möchten den Herren Werksdirektoren, die sich so sehr für die Gelben interessieren, empfehlen, nicht etwa in den Betrieben Eierläufe zu veranstalten, denn solch ein „Ei“ könnte dabei kaputt gehen und dessen Inhalt den Väuser zu Fall bringen, so daß er den sich verbreitenden Gestank nicht wieder los wird.

Die Arbeiterschaft kann aber aus diesen Vorgängen lernen, daß ihre Interessen nicht im gelben Werksverein, sondern in der freien Gewerkschaft, dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands, gewahrt werden können. Durch Vergnügungen und Eierläufe wird die Lage nicht verbessert. Am Sonntag gibts beim Vergnügen den Zuder und am Wochentag im Wert die Peitsche. Man rechnet: einen Tag Zuder = sechs Tage Peitsche. Ist es da nicht vorzuziehen, auf den „Sonntagszuder“ mit seinem Freibier zu verzichten und in der Gewerkschaft für Beseitigung der sechs Tage Peitsche mitzuwirken?

Laßt deshalb die Herren Werksdirektoren mit ihren Eierläufen unter sich und werdet Mitglieder eurer eigenen Organisation!

### Tödliche Unfälle im englischen Steinkohlenbergbau.

Die tödlichen Unfälle sind im Jahre 1923 erheblich gestiegen. Unter Tage verunglückten tödlich 1919: 1003, 1920: 965, 1921: 682, 1922: 999, 1923: 1175. Ueber Tage verunglückten in denselben Jahren 115, 138, 74, 106, 114.

Durch Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen verunglückten in den genannten Jahren 27, 26, 19, 73, 60, durch Stein- und Kohlenfall 589, 544, 383, 551, 585.

In 1923 entfiel auf 216.059 Longtons eine tödliche Verunglückung, 1922 auf 225.889 Longtons, 1921 entfiel ein Todesfall auf 1039 Beschäftigte, 1923 aber schon einer auf 903 Beschäftigte. Die Gefahrenvergrößerung ist also sehr bedenklich.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 42. Woche (vom 12. bis 18. Oktober) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Oberhausen. Die Geschäftsräume des Verbandes befinden sich von jetzt ab in der Nohlstraße 76 pt. — Rechtslich ist jeden Montag und Donnerstag, morgens von 9-12 und nachm. von 3-5 Uhr statt.

### Adressenveränderungen.

Katernberg. Als Kassierer fungiert Paul Derschel, Viktoriastr. 60a.

### Kranalpendemarie.

# 1 Mk. 95 Pfg.

## Detter-Kuchen

Manche Hausfrau weiss vielleicht garnicht, ein wie billiges, nahrhaftes u. wohlschmeckendes Nahrungsmittel Sie damit auf den Tisch bringen kann.

### Dr. Detter's Schokoladentuchen

250 g Margarine à Pfd. 0.60	M. 0.30
500 g Zucker	0.40
6 Eier à 12 Pfg.	0.72
500 g Weizenmehl	0.20
1 Päckchen Dr. Detter's Vanillin-Zucker	0.06
1 Päckchen Dr. Detter's Backin	0.08
3 Eßlöffel voll Kakao	0.15
1 kleine Tasse Milch oder Rahm	0.04
	M. 1.95

**Zubereitung.** Die Butter rühre zu Sahne, gib Zucker, Gelb, Vanillin-Zucker, Mehl, dieses mit dem Backin gemischt, Milch daran und zuletzt den Schnee der 6 Eierweiß-Teile die Masse, wenge unter die eine Hälfte den Kakao, fülle den Teig abwechselnd in die gefettete Form und backe den Kuchen 1 1/2 Std. Vorlagen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wena vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von **Dr. A. Detter, Nährmittelfabrik, Bielefeld.**

## Biel Geld

Sparen tausende Raucher durch direkten Bezug in meiner Fabrik!



**Zeugnis:** Herr A. Detter schreibt: Teile mit, das ich jetzt die 200te Sendung bestellt habe. Die Sendungen sind zur größten Zufriedenheit angekommen.

Preis solange möglich versteuert das Hund Gold-Mark:	
Spitzenkaffee	1.40
Wippenkaffee	1.70
Primer-Zabaf	2.10
Farmer-Zabaf	2.30
Bayern-Zabaf	2.50
Begünstigte Feinschnitt in 50 u. 100 gr per Pfd. 3.40 u. 3.80 G.-M.	
Post und Bahn	2.15
Hurtlem-Zhang	2.35
Holländerkaffee	2.45
Beltun	2.65
Diapara-Zabaf	2.85

**Rauchtabakfabrik „Weltruf“**  
Emil Köller, Bruchsal Nr. 169 (Baden)  
eingeschiedet mit den vollkommensten Tabakfabrikationsmaschinen

Inserate in der Bergarb.-Ztg. bringen Erfolg!

### Achtung! Preisabbau!

#### Sahrrad-Bereifung

Wulstdecken	28/1 1/2, prima grau	3,- Mk.
Bergdecken	28/1 1/2, prima grau	4,- "
	28/1 1/2, extra pa. weiss	5,- "
Luftschläuche	28/1 1/2, extra pa. grau	1,- "
Elektr. Lichtmotor, komplett		14,- "
Sohlenplatte extra prima Qual., besser und haltbarer als Leder, Platte 10 Paar Sohlen		2.50 Mk.

Versand unter Nachnahme, solange Vorrat. — Porto und Verpackung wird bei Aufträgen über 20 Mark nicht berechnet.

**E. H. Meyer, Gummiwarenvertrieb**  
Frankfurt a. M. I, Schließfach 206

Willste Musik treiben -  
Musik Dürfel schreibe!

**MUSIK**  
Instrumente  
für Orchester, Schule und Haus  
Verlangen Sie Preisliste  
**MAX DÜRFEL**  
Klingenthal in Sachsen, Nr. 941

### Achtung!

**50000 Paar Schuhe**  
4 Paar für nur 24 Gm. franko  
Wegen Zahlungsstörung mehrerer großer Fabriken wurde ich beauftragt, einen großen Resten Schuhe tief unter dem Erzeugungspreis loszuschlagen. Ich verkaufe daher an jedermann, so lange der Vorrat reicht, 2 Paar Herren- und 2 Paar Damen-Schuhpaare mit hart genagelten Lederböden, neuester Façon, Leder braun oder schwarz, gefoliert, Größe laut Nummer. Alle 4 Paar kosten nur 24 Goldmark franko. Versand gegen Nachnahme oder Vorauszahlung durch

**S. Urbachs Schuhexport**  
Kraukau Nr. 202.

Nicht Passendes wird sofort umgetauscht od. auf Verlangen Geld retour

**Korbmachervereinigung**  
Schney u. Umgegend G.m.b.H.  
Schney (Bayern)  
**Hand- u. Walchkörbe**  
**Reife- u. Tragkörbe**  
**Korbmöbel**  
aus Weide und Pappelrohr.  
Zu haben in den Verteilungsstellen vieler Konsumvereine.

### Qualitäts-Betten

von prima hochfein echtrot u gestreift Bettkörper u zartweicher, reichlicher Federfüllung. Große Oberbetten mit 7 Pfd. zartweicher Federfüllung 16 50, 19 50, 24 50 G.-M. Große Unterbetten mit 6 Pfd. zartweicher Federfüllung 15 50, 18 50, 23 50 G.-M. Große Kissen u. 2 Pfd. zartweicher Federfüllung 4 50, 5 50, 6 50 G.-M.

### Bettfedern

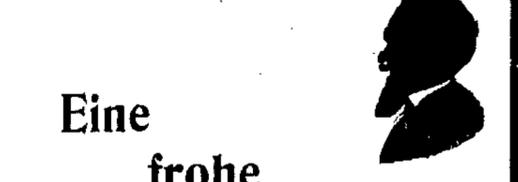
1 25, 2 —, 2 50, 3 50 G.-M. Halbdannen 4 50, 6 50, 7 50 G.-M. Daunen 9 50, 11 50, 13 50 G.-M. p. Pfd. nur staubfreie, frische Qualitäten — Kein Risiko. Nichtgefallend Umtausch oder Kaufpreis zurück. — Tausende von Kunden. Nachbestellungen und Dankschreiben

Bettenfabrik und Bettfedern-Großhandlung  
**A. u. M. Frankrone**  
Cassel Nr. 39.

### Kartoffellieferung

zur Einlieferung, gut und preiswert, befreit  
**Valentin Dietger,**  
Dortmund, Schützenstraße 122.  
Telefon 67-49. — Verbandsmitglied

## Ausschneiden u. aufheben!



## Eine frohe Botschaft

für alle Rheumatismuskranke!

1. Abfuhr-Tee,
2. Asthma-Tee,
3. Ausflugs- u. Hautleiden-Tee,
4. Blasen- und Nierentee,
5. Blasenentzündung-Tee,
6. Bettläger-Tee,
7. Blutsucht-Tee,
8. Univerf.-Blutreinigungstee,
9. Brust- und Husten-Tee,
10. Diabetiker-Tee,
11. Entzündungs-Tee,
12. Grippe-Tee,
13. Frauen-Tee,
14. Frichten-Tee,
15. Gebirgsräuter-Tee.
16. Gelbsucht-Tee,
17. Gicht- und Rheuma-Tee,
18. Grippe-Tee,
19. Gesundheits-Räutertee,
20. Gichtmittel-Spezialtee
21. Herzklopfen-Tee,
22. Kehlkopf-Katarrh-Tee,
23. Keuchhusten-Tee,
24. Kinder-Tee,
25. Krampf- und Kolik-Tee,
26. Leber- u. Gallenstein-Tee,
27. Luftröhren-Katarrh-Tee,
28. Tee gegen Augenleiden,
29. Magen-Tee,
30. Menstruat.-Tee (für)
31. Menstruat.-Tee (gegen)
32. Nervenleiden-Tee,
33. Nerven-Tee,
34. Nieren- u. Nierensteintee
35. Rheumatismus-Tee „St. Josef“
36. Strophulo-Tee,
37. Stroph-Tee,
38. Weigflugs-Tee,
39. Wurm-Tee.

„Ihr Tee hat bei meiner Frau ein reines Wunder getan. Der Rheumatismus ist direkt verschwunden. Meine Frau läuft wie eine Biene. Wenn der Erfolg bleibt, so ist Ihr Tee gar nicht mit Geld zu bezahlen.“ So schreibt Herr Paul Fietzig, Berlin, und viele hundert Leidensgefährten schreiben ähnlich.

Wir wissen, daß Sie ebenso wie die vielen Ihrer Leidensgefährten mit unserer Heiß-Tee's unbedingt zufrieden sein werden, erklären wir uns bereit, bis auf weiteres jedem Leser dieser Zeitschrift ein Original-Paket unserer Heiß-Tee's zum

**Ausnahmepreise von 1,30 Goldmark frk.** gegen Nachnahme zuzufenden, obwohl der Preis jetzt 2,50 Goldmark beträgt. Porto und Nachnahmegebühr tragen wir bei der ersten Sendung.

**Unsere grosse Garantie:** Wir erklären uns ausdrücklich bereit, Ihnen den vollen Betrag zurückzugeben, wenn Sie keine Besserung verspüren. Eine größere Garantie kann man umöglich geben. Wir geben sie, weil wir wissen, wie oft Sie schon wertloses Zeug erhalten haben. Fordern Sie also von unserer seit 25 Jahren bestehenden Firma vertrauensvoll ein Original-Paket unserer Heiß-Tee's, am besten gleich, denn um so rascher kann Ihnen geholfen werden.

Nur echt direkt von uns durch unsere Versand-Apothete.  
**Dr. Zinsser & Co., Leipzig 483.**

### Die echte extrastarke Walthorius Hienfong

(Destillat) erhalten Sie zu **Friedenspreisen** in fast allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, beim Hersteller **Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20** Probeflasche gratis und franco.

herausragend bewährt bei:

**Togal** Gicht, Rheuma, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerzen.  
Togal füllt die Schmerzen und scheidet die Gichtsäure aus. Klinisch erprobt. — In allen Apotheken erhältlich.  
Best. 64,3% Acid acet. salic., 0,406% Chinin, 12,6% Lith. ad 100 Amyl.

**MUSIK INSTRUMENTE**  
Harmonikas, Lauten, Gitarren, Mandolinen, Sprechapparate etc.  
Verlag ab Fabrik direkt an Private Katalog gratis. 14000 Katalogschreiben  
**MEINEL & HEROLD**  
Musikinstrumenten-Handelsgesellschaft  
Klingenthal, Nr. 475

### Billige böhmische Bettfedern!

1 Kilo graue gefüllte Gm. 3,-  
halbweiße 4,-  
weiße 5,-, bessere  
6,-, 7,-, Daunens,  
weiße 8,-, 10,-, beste Sorte 12,-,  
14,- Gm. Versand portofrei, goll-  
frei gegen Nachnahme. Muster frei.  
Umtausch und Rücknahme gestattet.  
**Benedikt Samsel, Lobos 209**  
bei Wien in Böhmen.

### Prima Eiderfettkäse

9 Pfd. M. 5,50 franko liefert  
**Dampf-Käsefabrik, Rendsburg 136.**

## Plafate

für Zahlstellenfeste  
Liefert schnell und billig die Buchdruckerei der **Bergarbeiter-Zeitung**  
Bochum

**Bandwurm,**  
Bspul- und Madenwürmer entzihen dem Körper d. best. Säfte, der Mensch wird blutarm, nervös, elend und schlapp. Bleich, u. blutarme Frauen u. Mädchen, Magen- u. Weichstuhlleiden, sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Heute bedarf jeder der so teuren Lebensmittel für sich u. dies die nicht b. den Wärm. geradht werden. **Wurm-Rose, Hamburg 11 a Nr. 78.**

**Mitglie'sbüchertuttrale**  
Preis 10 Pfg.  
H. Hansmann & Co., Bochum.

**Zur Aufzucht junger Kanarien Sommerfaat**  
Marke „Ausgereift“  
aus-jug. Raub- u. Hedderich-frei, Vollfaat einchl. Porto und Verpackung 4,50 Gm. Ausfuhr. Preisliste über alle Arten Vogel-futter für Amdner- und Zusetzen-freier, Papageien-, Tauben-, Hühner- und Sundeutter und Zuchtutensilien kostenlos zu Diensten.  
**Samenhaus E. C. Rohl,**  
Frankfurt (Main) C., geg. 1779

**Otto Hue, sein Leben und Wirken**  
von Nikolaus Osterroth.  
Preis 50 Pf.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung **H. Hansmann & Co.,** Bochum, Wiemelhauser Str. 42.

# DREI GEBOTE für die organisierten Verbraucher:

1. Kaufe alles im Konsumverein,

was im Haushalt gebraucht wird und was der Konsumverein anbietet. Wenn die Umsätze stolgen, wird das Warenlager schneller umgesetzt, es kann schneller bezahlt werden, die hohen Bankzinsen bleiben erspart, die Unkosten ermässigen sich. In gleichem Masse stolgen die Ueberschüsse, vermehrt sich das eigene Betriebskapital, wachsen die Vorteile für die Mitglieder!

2. Stärke das eigene Betriebskapital!

Der Grundsatz der Selbsthilfe hat die Konsumvereine zu grossen Wirtschaftsorganisationen werden lassen. Die Geldentwertung hat das aus vielen tausend kleinen Teilen bestehende eigene Betriebskapital aufgezehrt. Es mussten und müssen noch fremde Geldmittel in Anspruch genommen werden, die mit erheblichen Zinslasten verbunden sind, welche naturgemäss die Warenpreise ungünstig beeinflussen. Jetzt aber muss es heissen: Zurück zur Selbsthilfe, schafft wieder eigenes Betriebskapital!

3. Alle Spargelder nur dem Konsumverein!

Wer in der Lage ist, sparen zu können, soll diese Gelder nur der Sparkasse seines Konsumvereins zuführen, welche die denkbar günstigsten Zinssätze gewährt und die grössten Sicherheiten bietet. Jeder Spargroschen, in privaten oder sonstigen Sparkassen angelegt, bedeutet eine Stärkung der Privatwirtschaft und demzufolge eine Schwächung der Gemeinwirtschaft, deren Ausbau und Vervollkommnung das Ziel aller organisierten Verbraucher sein muss.

- Konsumverein „Eintracht“, Essen, Duisburg, Gelsenkirchen**  
90 000 Mitglieder — 160 Verteilungsstellen.
- Konsumverein „Wohlfahrt“, Bochum** 42 000 Mitglieder — 90 Verteilungsstellen
- Konsum- und Sparverein Dortmund-Bamm, Dortmund**  
50 000 Mitglieder — 105 Verteilungsstellen.
- Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, Barmen, Elberfeld, Delbert** 60 000 Mitglieder — 130 Verteilungsstellen.

**GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE**  
M.B.H., HAMBURG 1, SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

fordert jeder überzeugte Genossenschaftler in seinem Konsumverein